

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Zur Jahreswende.

I.

Das Jahr 1915 hat uns den erhofften und auch heiß ersehnten Frieden nicht gebracht. Wie das alte, so wird auch das neue Jahr eingeleitet durch Waffengewalt und Schlachtdonner. Und trotzdem, wir sollen und dürfen nicht verzagen. So schmerzlich wir auch die Trennung von unsern im Felde stehenden Angehörigen empfinden, so weh es uns auch tut, wenn der unerbittliche Tod immer größere Blüten in ihre Reihen reißt, wir müssen durchhalten. Wir müssen auch fernerhin bereit sein, die mit dem Kriege verbundenen Unannehmlichkeiten, die notwendigen und unvermeidlichen Opfer, die er erfordert, auf uns zu nehmen.

Wir müssen es,

weil für unser Volk, auch für uns Arbeiter, zuviel auf dem Spiele steht. Auch heute noch träumen unsere Gegner von der Zerschmetterung der militärischen Macht, von der Zertrümmerung der Einheit, von der Unterbindung der wirtschaftlichen Kraft unseres Vaterlandes. Noch haben sie die Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen, nicht ganz aufgegeben. Durch ein System von Lug und Trug gelingt es den leitenden Staatsmännern der feindlichen Länder immer noch, ihren Vätern die wahre Kriegslage zu verheimlichen und sie über den drohenden Zusammenbruch ihrer Bestrebungen hinwegzutäuschen. Diesen Zusammenbruch fürchten diese Staatsmänner; sie fürchten den Moment, wo sie ihrem Volke Rechenschaft zu geben haben für all das Unheil, das sie heraufbeschworen. Darum suchen sie den Augenblick hinauszuschieben; immer wieder hoffen sie, durch eine Wendung im Kriegsglück der drohenden Verantwortung zu entgehen. Diese ihre letzte Hoffnung gilt's zu vernichten, um den Weg zu einem für uns ehrenvollen und dauerhaften Frieden frei zu machen. Bis dahin aber gilt's durchzuhalten.

Und wir können es,

besser als unsere Feinde. Unsere heimatlichen Fluren blieben, abgesehen von kleineren Gebieten in Ostpreußen und dem Elsaß, von den Kriegsverwüstungen verschont. Auf den Schlachtfeldern blühte uns Sieg auf Sieg. Im Westen boten unsere tapferen Heere dem wiederholten feindlichen Ansturm Trost, standen sie wie eine eiserne Mauer, unerschütterlich und fest. Im Osten trieben sie den Feind mit wuchtigen Schlägen vor sich her, und in den letzten Wochen noch haben sie mit den österreichisch-ungarischen und bulgarischen Heeren die Serben zu Paaren getrieben und die Verbindung mit dem Orient hergestellt. Jetzt endlich fühlt auch England die Faust des Siegers im Genick, denn mit dem jetzt wohl bevorstehenden türkischen Vormarsch in Kleinasien, mit der Bedrohung des Suezkanals und der englischen Herrschaft in Ägypten, wird das englische Weltreich an seiner empfindlichsten Stelle getroffen.

So berechtigt schon die Lage auf den Kriegsschauplätzen zu den besten Hoffnungen für das neue Jahr. Wir dürfen die feste Ueberzeugung haben, daß die Opfer, die der Krieg von uns fordert, nicht vergebens sein werden; daß über kurz oder lang unsere gerechte Sache triumphieren, der Sieg unser sein wird. Dafür bürgt uns die überragende Tüchtigkeit unserer Heeresleitung, sowie die Hingabe und die Tapferkeit unserer Truppen. Ihnen hierfür den herzlichsten und tiefgefühltesten Dank auszusprechen, ist für uns eine ebenso selbstverständliche wie heilige Ehrenpflicht.

Diese unbedingte Siegeszuversicht dürfen wir um so eher haben, als auch der Nahrungungsplan der Gegner kläglich gescheitert ist. Diese glaubten durch Unterbindung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen das deutsche Volk auf die Knie zwingen zu können. Sie haben nicht mit der Energie und Kraft, mit dem Organisationsstalent unseres Volkes gerechnet. Heute haben wir die beruhigende Gewißheit, daß

unsere Lebensmittel reichen.

Gewiß, wir können uns nicht so gut und nicht so reichlich und vor allem nicht so billig ernähren wie

in Friedenszeiten, das trifft aber mehr oder weniger auf alle Staaten zu. In allen kriegsführenden Ländern und selbst in den neutralen Staaten ist eine, zum Teil ganz enorme Verteuerung der Lebensmittel zu verzeichnen. Soweit die Teuerung, sowie die vorhandene Knappheit in einzelnen Waren und die dadurch bedingten Unannehmlichkeiten und Einschränkungen durch den Krieg verschuldet und unvermeidlich sind, wollen und müssen wir sie ertragen, das sind wir dem Vaterland, uns selbst und unsern tapferen Truppen schuldig. Was diese in heißem blutigen Ringen erkämpft haben, darf nie und nimmer von den Dabeimgebliebenen durch mangelnde Opferwilligkeit aufs Spiel gesetzt werden. Die Einschränkungen und Entbehrungen, die wir Dabeimgebliebenen uns auferlegen müssen, stehen immer noch in keinem Vergleich zu dem, was unsere selbgrauen Helden und was die Bevölkerung im Kriegsgebiet erdulden muß. Darum muß für uns wie im vergangenen, so auch im kommenden Jahr die Parole auch auf dem Gebiete lauten: Durchhalten.



**Glückseliges
Neujahr!**
wünschen allen Verbandsmitgliedern, besonders denen im Felde, und ihren Angehörigen
Verbandsleitung und
Redaktion.

Allerdings — und damit kommen wir zu der andern Seite dieser Frage — es muß den unteren Volksschichten das Durchhalten auch möglich gemacht werden. Daran hat's im vergangenen Jahre zweifellos gehapert. Zunächst zeigte die Regierung in der Frage der Lebensmittelversorgung eine recht unglückliche Hand. Statt dem üppig ins Kraut schießenden

Lebensmittelwucher

durch energisches Zugreifen von vornherein das Handwerk zu legen, begnügte sie sich zunächst mit Ermahnungen und ließ im übrigen den Dingen freien Lauf. Erst als die Unzufriedenheit allgemein und die Verhältnisse unhaltbar geworden waren, griff sie ein. Auch da nur zögernd, mit halben Maßnahmen, oft zu spät, wie z. B. in der Kartoffelfrage. Das hat viel, sehr viel und leider auch berechtigte Erbitterung ausgelöst. Aber es ist besser geworden, das wollen wir auch nicht verkennen. Die Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher bietet die Handhabe, den zu fassen. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sind — vor allem in den Preisprüfungsstellen — weitgehende Befugnisse eingeräumt worden, die Preisbildung und die Verteilung der Lebensmittel zu überwachen und zu regeln. In den letzten Wochen hat die Regierung auch Höchstpreise für die wichtigsten Nahrungsmittel festgesetzt. Wir dürfen also hoffen, daß sich im neuen Jahre die Vorgänge des vorigen Jahres nicht wiederholen werden, zumal ja auch im Hauptauschuß des Reichstages scharfe Kritik geübt und unter anderem die Schaffung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung unter Einziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht, beschlossen wurde. Diese Zentralstelle soll das Recht erhalten, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu

enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. Der Beirat ist vom Reichsamt des Innern mit allem einschlägigen Material zu versehen. Er besitzt auf seinem Arbeitsgebiet das Recht der Initiative und hat wöchentlich zu tagen. Damit ist eine gewisse parlamentarische Kontrolle der Regierungstätigkeit geschaffen, die nur befruchtend wirken kann.

Glauben wir aber nicht, daß es mit all den Regierungs- und Polizeimaßnahmen möglich sein wird, alle Widermächtigkeiten und alle ungerechtfertigten Preistreiberereien aus der Welt zu schaffen. Dazu sind die wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu mannigfaltig und zu kompliziert; dazu ist auch

Die menschliche Selbstsucht

viel zu groß. Diese Selbstsucht hat ja im verflossenen Jahre die traurigsten Blüten gezeitigt. Und — wollen wir ehrlich sein, so müssen wir gestehen: sie hat sich in allen Schichten der Bevölkerung gezeigt, in der einen mehr, in der anderen weniger, je nachdem es die Verhältnisse und die Mittel möglich machten, die selbstsüchtigen Bestrebungen zu befriedigen. Wir fanden sie bei den Produzenten, im Handel und bei den Konsumenten, die das Jamstern nicht lassen konnten. Und diese selbstsüchtigen Elemente, die nur nach Befriedigung des eigenen Ichs streben, werden auch im neuen Jahre, wenn auch nur in beschränktem Maße, Gelegenheit finden, allen gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen zum Trotz, ihr rücksichtsloses und gemeinschädliches Treiben fortzusetzen. So engmaschig kann das Netz der gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen gar nicht sein, um das Treiben dieser Leute ganz zu verhindern. Da muß die Selbsthilfe eingreifen. Die Organisationen der Produzenten, des Handels und der Konsumenten müßten es sich zur Aufgabe machen, ihre Mitglieder zur Selbstzucht, zu vaterländischem Gemeinsinn zu erziehen und allen unlauteren, selbstsüchtigen oder wucherischen Bestrebungen aufs schärfste entgegenzutreten. Ob bei den Organisationen der ersten genannten Stände überall der gute Wille hierzu vorhanden ist? Ob sie überhaupt über den hierfür nötigen Einfluß auf ihren Mitglieder und über die nötige Macht verfügen? Nachdem sie bisher auf dem Gebiete, von Ausnahmen abgesehen, versagt haben, können wir diese Frage leider nicht unbedingt bejahen. Hoffen wir, daß es künftig besser wird. Die Organisationen der Konsumenten werden nach wie vor bestrebt sein, entsprechend zu wirken.

Aber auch der Einzelne kann auf dem Gebiete Gutes wirken, zunächst durch sein Beispiel, dann aber auch durch mahnende und aufklärende Worte, durch möglichste Anpassung der Lebensweise an die jeweiligen Verhältnisse, sowie durch rücksichtsloses Vorgehen dort, wo er auf wucherische oder betrügerische Manipulationen stößt. Darum sei unsere Parole für das neue Jahr: Nicht nur kritisieren, nicht alles vom Staat, von der Behörde erwarten, sondern auch praktische Arbeit leisten, mit-helfen, daß den von letzteren getroffenen Maßnahmen der Erfolg gesichert wird.

Wohnungsfrage und Arbeiterschaft.

Vor etwa zwei Jahren befand ich mich mit einem Kollegen, der von seinem Zentralvorstand in einer Kleinstadt von 22 000 Einwohnern als Gewerkschaftssekretär angestellt wurde, auf der Suche nach einer Wohnung. Mit freundlichem Lächeln und tiefen Bücklingen wurden wir von einem Hauswirt, der eine leerstehende Wohnung zu vermieten hatte, empfangen. Im Begriff, uns die Wohnung zu zeigen, blies er plötzlich bedeutlich auf der Treppe stehen und fragt meinen Kollegen: „Wieviel Kinder haben Sie?“ Auf die Antwort: „Ich habe vier Kinder“, meint der Hauswirt: „Ja, es hat eigentlich keinen Zweck, da ich die Wohnung schon halbwegs vermietet habe.“ — So wie es uns erging, wird es schon vielen kinderreichen Familien ergangen sein; sie werden abgewiesen und man gibt ihnen kein Obdach. In einer Denkschrift, die der Elberfelder Eisenbahnerverband dem Minister der öffentlichen Arbeiten unterbreitete, haben die Klagen immer

wieder, daß die kinderreichen Familien keine Wohnungen bekommen können. Und jene Kriegerfrau in München, die derweil ihr Gatte in Felde sieht, als erstes Kind dem Vaterlande einen kräftigen Jungen schenkte und deswegen vom Hauswirt, der die Ankunft eines Kindes als dem Charakter des Hauses widersprechend bezeichnete, die Kündigung erhielt, wird es auch bitter empfunden haben, wie fluchwürdig dem Gebiet des Wohnungswezens breit gemacht hat. Ein anderes Bild: Im Jahre 1830, als der gewerbliche Aufstieg begann, wohnten in Berlin durchschnittlich in einem Hause 32 Menschen, gegenwärtig aber schon 77. 1905 gab es in Berlin 41000 Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer, die je 5-13 Personen beiderlei Geschlechts und verschiedenen Alters als Aufenthalt dienten. Ähnlich sind die Verhältnisse in anderen großen Städten.

Kollege Joos sagt in seinem auf der Tagung des Bundes Deutscher Bodenreformer in Wiesfeld gehaltenen Vortrag über „Heimstätten und Arbeiterschaft“ folgendes: „Die Mietpreise entwickeln sich unaußhaltbar nach oben. Zwischen 1900 und 1910 verzeichnete das statistische Amt der Stadt Rosen Mietsteigerungen der Kleinwohnungen bis zu 25%. Das Wirtschaftsstatistische Büro von Richard Calver vergleicht 1905 mit 1912 und stellt Steigerungssätze von 11-60%, ja sogar in einzelnen Fällen bis zu 100% fest, in den weitaus zahlreichsten Fällen über 20%. Nach Zahlen des Kölner statistischen Amtes fliegen die Mietpreise von 1890 bis 1900 für zweiräumige Wohnungen um 48%, für dreiräumige Wohnungen um 53%; immer größer wird der Anteil der zu zahlenden Miete vom Einkommen der Minderbemittelten: 10-15% genügen längst nicht mehr. Die erwähnte Kölner Statistik berechnet den Anteil der Mietpreise auf 27% bei Einkommen von 650 M., auf 26% bei Einkommen von 660-900 M., auf 20% bei Einkommen von 900-1500 M. Die Ärmsten bezahlen die teuerste und zugleich die schlechteste Wohnung. Alle Erhebungen der letzten Jahre haben die Tatsache der Existenz dieses grausamen Gesetzes erhärtet.“

Diese wenigen Angaben beleuchten die traurige Lage auf dem Wohnungsmarkt. Sie zeigen uns, wohin wir kommen, wenn diese Entwicklung ungehindert weiter ihren Weg geht. Für die Arbeiter mit ihrem geringen Einkommen, das durch die gewaltig gestiegenen Lebensmittelpreise schon an Kaufkraft verloren hat, machen sich, wie Kollege Joos mit Recht hervorhebt, die Folgen einer ungesunden Wohnungspolitik am schärfsten bemerkbar. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Mißstände mit einer Folge unserer seit Jahrzehnten rapide einsetzenden wirtschaftlichen Entwicklung sind, die die Landflucht förderte und die Massen in die schnell wachsenden Städte zusammenpresste. Aber es kommen auch künstliche, auf Gewinnlust beruhende Mittel in Frage, welche die Wohnungsfrage für die unteren Volksschichten zu einer Existenzfrage gemacht haben. Was nützen all unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen, das Einkommen des Arbeiters zu erhöhen, ihm bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, wenn die Wohnung den 3. oder 4. Teil seines Einkommens verschlingt? Was nützen alle Versuche, die Arbeiterschaft für große, ideale Fragen zu gewinnen, wenn sein Heim ihm zu einer Stätte der Dual wird und seinen Idealismus untergräbt?

Wird das nach dem Kriege anders werden? Diese Frage beschäftigt heute viele, die bisher schon auf eine Gesundung des Wohnungswezens hinarbeiteten. Bleiben wir auf den Schlachtfeldern siegreich und kommt ein Friede zustande, der uns wirtschaftlich und weltpolitisch die nötige Ellenbogenfreiheit gibt, dann dürfte zweifellos mit einer weiteren Aufwärtsbewegung in der deutschen Industrie und im Handel zu rechnen sein, was dann wiederum ein noch stärkeres Anwachsen der Städte und in Verbindung damit eine Steigerung der Wohnungsnot zur Folge hat. Auf diese Entwicklung freuen sich schon jetzt die Bodenpekulanten, die auf Kosten der Volksgemeinschaft neue Gewinne zu erzielen hoffen. Oder glaubt man, daß nach glücklicher Beendigung des Krieges die Bodenpekulanten von gestern und heute soviel Sinn für das gemeinsame Wohl entfalten würden, um im Interesse ihrer Mitmenschen auf ihre bisherige gewinnbringende Tätigkeit zu verzichten? Das wäre ein gefährlicher Irrtum. Was die gewerkschaftlichen Terrainpekulanten von einem glücklichen Ausgang des Krieges erhoffen, geht aus vielen Anzeichen und Neuerscheinungen hervor. Nur zwei solcher Zukunftsgedanken führender Vertreter der Berliner Terrainpekulanten sollen hier wiedergegeben werden.

Herr Kommerzienrat Haberland führte auf der Generalversammlung der Tempelhofer-Feld-Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung am 2. Dezember 1914 aus: „Nach siegreicher Beendigung des Krieges sei voraussichtlich ein lebhafter allgemeiner Aufschwung zu erwarten, der wiederum den Bezug nach Berlin verstärken und eine Belebung des Wohnungsmarktes mit sich bringen werde. Nach dem Kriege dürfte auch eine Steigerung der Wohnungsmieten eintreten.“

Herr Hofenbaum verhandte am 9. Februar 1915 an auswärtige Terraininteressenten ein Schreiben in dem es u. a. heißt: „Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß jetzt verschiedene Großindustrien wegen Eröffnung von Zweigbetrieben in und bei Berlin Unterhandlungen anstellen. Sollten Sie dasselbe beabsichtigen, so empfehle ich Ihnen,

sich schon jetzt ein Terrain zu sichern, da nach dem Kriege zweifellos die Preise dafür erheblich in die Höhe gehen.“

Diese beiden Herren, die die Väter des sogenannten „Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz“ sind, sollen durch ihre Aussprüche uns eine Mahnung sein, die Mobilisation des deutschen Volkes auch gegen diesen inneren Feind vorzunehmen.

Auch die Arbeiterschaft hat im eigenen Interesse die Pflicht, neben den gewerkschaftlichen Aufgaben ihr Augenmerk den der Wohnungsreform dienenden Bestrebungen zuzuwenden. Vom Bund deutscher Bodenreformer ist die Kriegerheimstättenbewegung in Fluß gebracht. Dies bedeutet einen Schritt weiter auf dem Wege, Millionen Volksgenossen ein besseres, glücklicheres Heim auf eigener Scholle, über dessen Wert in einem weiteren Artikel geschrieben werden soll, zu bieten, frei von allen Sorgen, unbeeinträchtigt von Mietssteigerungen und hohen Behausungsziffern. Dieses Ziel verwirklichen zu helfen, ist eine dringende Aufgabe aller, die es gut meinen mit dem Arbeiterstand!

Fürsorgemaßnahmen der Stadt Mülhausen (Elsas).

Mülhausen war zeitweise Operationsgebiet und liegt heute noch in unmittelbarer Nähe des Kriegsschauplatzes. Die dortige stark vertretene Textilindustrie bekam infolgedessen die Kriegseinwirkungen viel schwerer und nachhaltiger zu spüren wie anderwärts. Das äußerte sich in einer andauernden und zeitweise recht umfangreichen Arbeitslosigkeit. Die Folgen dieser Arbeitslosigkeit zu mildern, mußte nun zu den Hauptaufgaben der Stadt zählen. Schon vorher aber waren der Stadt verschiedene andere Kriegslasten entstanden. Gewaltige Summen mußten verausgabt werden für Militärlasten, Requisitionen und dergl.; so mußten z. B. auch den französischen Truppen während ihres kurzen Aufenthalts in der Stadt 46 000 M. angewiesen werden, deren Zurückerstattung sie vergaßen. Dann kamen die Aufwendungen für die infolge der Kriegereignisse obdachlos gewordenen Massen aus Mülhausens nächster Umgebung, später jener, die aus dem Kreise Thann zuzogen. Größere Ausgaben verursachten wieder verschiedene Maßnahmen, die Mülhausen als im Operationsgebiet liegende Stadt besonders anzuordnen hatte. Nebenher wurde von Anfang an für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer in weitgehendster Weise gesorgt. Betont muß werden, daß für all das Mülhausen über keinerlei finanzielle Reserven verfügte, sondern mit einem Schuldkonto von rund 30 Millionen Mark von früher her belastet war.

Die Arbeitslosenfürsorge durfte aber doch nicht zu kurz kommen. Hierfür hatte Mülhausen ohnedies schon früher das nötige soziale Verständnis gezeigt. Bereits seit 1909 bestand eine städtische Arbeitslosenunterstützung, die ähnlich dem Genter System, an gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Arbeitslosenunterstützung gewährte und zwar Tagesätze von 1 Mark für Familienernährer und 80 Pfennig für Alleinlebende. Zu dem Zweck war ein jährlicher Kredit von 5000 Mark eingesetzt. Bei Kriegsausbruch wurde nun vorläufig nach diesem System die Arbeitslosenunterstützung weiter geführt, wobei allerdings infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit der vorgezeichnete Jahreskredit oft schon in einem Monat aufgebraucht resp. überschritten werden mußte.

Nun konnte aber auf die Dauer unmöglich die Arbeitslosenfürsorge auf den Kreis der organisierten Arbeiter beschränkt bleiben. Es mußte vielmehr an deren Stelle eine allgemeine Fürsorge für die infolge des Krieges arbeitslos gewordenen Personen treten. Mit dem 1. Oktober 1914 trat dann eine solche allgemeine Arbeitslosenunterstützung in Kraft. Nach den aufgestellten Grundsätzen betrug die Unterstützung für Ledige 60 Pfennige, für verheiratete 80 Pfennig täglich. Für jedes im Haushalt zu ver sorgende Kind unter 16 Jahren kann die Unterstützung um je 10 Pf. bis zum Höchstmaß von 1,50 M. heraufgesetzt werden.

In der Praxis hielt sich jedoch die Stadtverwaltung nicht immer an diese Sätze. Sie benutzte vielmehr als Unterstützungsregulator vorwiegend das zur Berechnung der Armenunterstützung geltende Existenzminimum. Das war für die Arbeitslosen von Vorteil, da hierbei je nach dem Grad der Bedürftigkeit die Sätze der Arbeitslosenunterstützung bis zum anderthalbfachen Betrag ihrer Höhe überschritten werden konnten. Die Sätze des Existenzminimums der Armenverwaltung stellen sich nämlich pro Monat wie folgt:

Kinderzahl	Ehepaar	Witwe	Witwer
0	48,30 M.	28,35 M.	31,50 M.
1	56,70 "	36,75 "	39,90 "
2	67,20 "	47,25 "	50,40 "
3	75,60 "	55,65 "	58,80 "
4	85,05 "	64,10 "	68,35 "
5	92,40 "	72,45 "	75,60 "
6	99,75 "	79,80 "	82,95 "
7	108,15 "	88,20 "	91,35 "
8	114,45 "	94,50 "	97,65 "
9	120,75 "	100,80 "	103,95 "
10	127,05 "	107,10 "	110,25 "

Haben die Arbeitslosen, oder die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen anderweitige Einnahmen (Reichsunterstützung oder sonstige Renten, Arbeitsverdienste, Kriegsunterstützung, Fabrikunterstützung u. dergl.), durch welche zu dem Existenzminimum für den betreffenden Haushalt geltende Existenzminimumsatz erreicht wird, so fällt die städtische Arbeitslosenunterstützung aus. Erreichen aber diese Einkünfte den letzteren nicht, so wird die Differenz durch Arbeitslosenunter-

stützung ergänzt. Sind keine oder nur geringe Einnahmen vorhanden, so daß selbst mit der Anrechnung der vollen Arbeitslosenunterstützungssätze von 60 bzw. 150 Pf. das geltende Existenzminimum nicht erreicht wird, so können diese Sätze auf 0,90 M. bzw. 2,25 M. erhöht werden.

Bis zum 1. Dezember 1914 wurde nach dieser Methode die Unterstützung in bar gewährt. Mit diesem Zeitpunkt aber trat die Arbeitslosenunterstützung in eine neue Phase, die wieder ganz bedeutende Verbesserungen ergab. Zunächst wurde an Stelle der Barunterstützungen Naturalunterstützung gewährt und zwar so, daß bis zum Betrag der zustehenden Unterstützung Gutscheine für Brot, Mehl, Reis, Gries, Teigwaren, Kaffee, Kartoffeln und Kohlen verabreicht wurden. Für die Unterstützten bedeutet das zweifellos einen Vorteil; sie fahren bei diesem Gesamtbezug der Lebensmittel besser. Ein Teil der zustehenden Unterstützung kann indes noch in Geld gewährt werden.

Von der Unterstützung wird ein Betrag in Höhe von 10% des jeweiligen Existenzminimums für die Miete in Abzug gebracht. Die Stadt selbst gewährt als Mietszuschuß 20% des Existenzminimums, jedoch nur insoweit, als der Zuschuß, einschließlich der einbehaltenen 10%, die Hälfte des Mietbetrages nicht übersteigt. Bleibt der Unterstützte mit seinem gesamten Einkommen unter dem Existenzminimum, so wird für die Miete nur der 90% des letzteren übersteigende Teil der Einnahmen zurückgehalten. Diese Sicherung eines Teiles der Miete erfolgt nur unter der Bedingung, daß der Hausherr seinerseits auf ein Viertel der Miete verzichtet. (Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Erwerbslosenfürsorge in Preußen.

Aus der in der vorigen Nummer veröffentlichten amtlichen Erklärung geht hervor, daß das Reich den Gemeinden und Gemeindeverbänden mindestens die Hälfte der für die Fürsorge für erwerbslos und erwerbsbeschränkte Textilarbeiter erwachsenen Ausgaben zurückerstattet. Eine Mitte Dezember für Preußen ergangene ministerielle Verfügung teilte den maßgebenden behördlichen Stellen mit, daß außerdem auch der preussische Staat aus Staatsmitteln ein Drittel der Ausgaben zuschießt, so daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden nur noch höchstens ein Sechstel der Aufwendungen zu eigenen Lasten verbleibt. Die Herren Regierungspräsidenten werden aufgefordert, bis zum 15. jeden Monats die Höhe der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden gemachten Ausgaben anzugeben, worauf diesen dann entsprechender Ertrag geleistet wird. Zugleich wird die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Kommunen und Kommunalverbände die Fürsorge für die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten besonders angelegen sein lassen. Bestimmte Grundsätze für die Erwerbslosenfürsorge enthält die Verfügung nicht.

Gegensätze in der Sozialdemokratie.

Ergänzend sei zu unserem Artikel in der vorigen Nummer bemerkt, daß die sozialdemokratische Fraktion mittlerweile zur diesmaligen Kriegskreditvorlage Stellung nahm. Es stimmten insgesamt 65 ihrer Mitglieder für und 41 gegen deren Bewilligung. Die Opposition ist also in ständiger Wachsen begriffen. Bei der ersten Kriegskreditvorlage stimmten in der Fraktion 14 gegen die Bewilligung, bei der zweiten schon 17, bei der dritten 23, bei der vierten 36 und diesmal 41. Daß da der Opposition der Kampf schwoll und die Gefahr eines selbständigen Auftretens der Minderheit immer größer wurde, ist selbstverständlich.

Um diese Gefahr zu beschwören, erließ der Parteivorstand einen Aufruf, in dem er in dringenden Worten zur Einigkeit mahnte. Form und Inhalt des Aufrufes zeigen, daß der Parteivorstand selbst mit einer Spaltung der Partei rechnet. Bezüglich der von der Minderheit geforderten Verweigerung der Kriegskredite sagt der Parteivorstand ganz zutreffend:

Wir glauben nicht, daß wir durch die Verweigerung der Kredite dem von uns allen gleich heiß ersehnten Frieden auch nur um einen Schritt näher kommen; wir sind vielmehr fest davon überzeugt, daß die Kreditverweigerung durch die stärkste Reaktion des deutschen Reichstages, hinter der die weitaus stärkste Partei des Deutschen Reiches steht, das feindliche Ausland zu neuen unerhörten Kraftanstrengungen ermutigen und in ihm den ganz irren Glauben stärken würde, Deutschland müsse wirtschaftlich, politisch und militärisch auf dem letzten Soße; so würde die Kreditverweigerung, statt uns den Frieden zu bringen, den Krieg sinnlos verlängern und die Zahl der Opfer ins Ungemessene vermehren.“

Weiter heißt es dann im Aufruf: „Vollste Meinungsfreiheit sei in der sozialdemokratischen Partei eine glatte und platte Selbstverständlichkeit. Stets sei aber oberster Grundsatz gewesen, daß die Freiheit der Meinung gepaart sein müsse mit Einigkeit im Handeln. Dem Gegner gegenüber eine geschlossene einheitliche Kampffront zu bilden, habe immer als oberstes Gesetz gegolten. Jetzt aber solle das unerhörte Ereignis werden: Karl Kautsky, benutze die wissenschaftliche Zeitschrift der Partei, die „Neue Zeit“, dazu, unerbittlich die Spaltung der Partei zu predigen. Und mehrere Parteivorgänger, an ihrer Spitze die „Einzigste Volkszeitung“, stimmten ihm zu.“ In der Tat sei mit der Gefahr zu rechnen, daß der Vorschlag Kautskys sich ereignen würde, daß bei der in den nächsten Tagen bevorstehenden Abstimmung über den neuen Zehn-Milliarden-Kredit die Minderheit der Reichstagsfraktion sich in Abtinnung und Erklärung von der Mehrheit trenne, daß sie sich zu einem Sondervergehen entschließen.“

Dieser unmittelbar bevorstehenden Gefahr gelte es ins Auge zu sehen. Und es gelte im letzten Augenblick noch

einmal an die in Betracht kommenden Parteigenossen die erste Frage zu richten: Seid ihr euch denn der ungeheuren Verantwortung vor der Zukunft der deutschen Arbeiterklasse bewußt? Habt ihr bedacht, daß eine Spaltung der Fraktion der Anfang der Spaltung der Partei ist?

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu: was sie mit Betrübnis erfüllt, sei das niedrige Niveau, auf dem die Polemik des Parteivorstandes gegen den Genossen Staatsky und gegen sie selbst stehe. Der Parteivorstand habe sich eines üblichen Fichtertextes bedient. Weiter meint die Leipzigerin:

„Wir halten es daher für überflüssig, uns eingehender mit dem Erlaß des Vorstandes zu befassen. Das eine sei ihm beantwortet: Wir sind uns der Verantwortung, die wir übernehmen, indem wir die Minderheit zur selbständigen Aktion auffordern, voll bewußt, und wir sind bereit, sie vor jedermann zu vertreten. Wir sind auch überzeugt, daß solche Aktion nicht die Spaltung der Partei bedeutet.“

Sehr friedfertig klang das nicht. Tatsächlich hat denn auch der Ausruf des Parteivorstandes seinen Zweck nicht erreicht. Die Spaltung der Fraktion auch nach außen hin ist eingetreten. Die Minderheit geht ihre eigenen Wege. Während der sozialdemokratische Abgeordnete Ebert sich gelegentlich der Abstimmung über die Kriegskreditvorlage im Reichstag im Namen der Fraktionsmehrheit für Annahme der Vorlage aussprach, begründete der Abgeordnete Geier im Namen zwanzig seiner Fraktionskollegen die ablehnende Haltung der Minderheit und die Zwanzig stimmten denn auch gegen die Kriegskredite. Zugleich wird mitgeteilt, daß der, der der Minderheit angehörende Genosse Quase, bisher Vorsitzender der Partei und Fraktion, den Fraktionsvorsitz niedergelegt hat. Auf die weitere Entwicklung der Dinge kann man gespannt sein.

würde sich gerade jenen Kreisen eine trostlose Zukunft eröffnen. Die so Denkenden sollten sich doch keiner Selbsttäuschung hingeben: in einem Deutschland, dem unsere Gegner das Gesetz diktierten, würde beispielsweise das große Gebäude der sozialen Gesetzgebung mit seiner Sicherung der arbeitenden Klassen hoffnungslos zusammenbrechen. Es ist nicht nötig, weitere Folgen auszumalen. Wir stehen unter einem Zwange, der uns in einen Krieg in einem ganz anderen Sinne zu einem heiligen macht, als sich dessen unsere vömlischen Verbündeten rühmen. Harmlos aber ist jene Verfassung der Mittel insofern nicht, als sie die Kampflust unserer Gegner unverhofft aufsticht. Wer heute in unserer Lage uns die Mittel zur Verteidigung versagt, verbündet sich mit einem schonungslosen Gegner zu unserer Vernichtung, und dieses Unrecht am eigenen Volke ist so groß, daß man zögert, dem Täter das volle Bewußtsein seiner Handlungsweise zuzusprechen. Man möchte des nazarenischen Wortes gedenken: Sie wissen nicht, was sie tun.“

Aus dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.

Unter dem Titel „Geschichte, Verfassung und Verwaltung des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands“ hat der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Hermann Bogelsang eine 95 Seiten umfassende Broschüre (Preis im Buchhandel 1,50 M.) herausgegeben, die aus verschiedenen Gründen ein besonderes Interesse beansprucht und sicher auch findet. Die Gründung des Gewerkvereins wird in der Schrift von dem Gründer und langjährigen ersten Vorsitzenden, dem Abgeordneten Bruß, geschildert. In acht Kapiteln zeigt dieser in knapper Form, frischer Sprache und mit voller Klarheit, wie der Anstoß zur Gründung des Gewerkvereins erfolgte und schildert dann die bemerkenswerten Vorgänge vor und nach der Gründung sowie die Gründung selbst. Besonders deutlich zeigt er, daß Arbeiter die Gründer waren. Die erste Sitzung des Gewerkvereins wird im Wortlaut gebracht und im Anschluß daran gezeigt, welche Freunde und Gegner der neu gegründete Gewerkverein hatte. Bogelsang schildert dann in knappster Form die Entwicklung des Gewerkvereins bis Ende 1914. Einige Tabellen vervollständigen die Uebersicht.

Im zweiten und dritten Teile der Schrift beschreibt Bogelsang zuerst die Verfassung des Gewerkvereins und dann die Verwaltung. Beide Teile werden scharf auseinandergehalten. Unter Verfassung werden in denkbar knappen und klaren Kapiteln behandelt: Grundgesetz, Mitgliedschaft, Eintrittsgeld und Beiträge, Leistungen und Unterhaltungen, die Generalversammlung, die Satzungen, der Hauptvorstand. Im Abschnitt Verwaltung werden geschildert: Die Zahlstellenverwaltungen, die Bezirksverwaltungen, die Hauptverwaltung. Man fühlt beim Lesen der einzelnen Kapitel, daß in der ganzen Einrichtung alles darauf angelegt ist, Unklarheiten irgend-

welcher Art nicht aufkommen zu lassen und daß alles in einer den Bedürfnissen der Organisation entsprechenden und den besten praktischen Weise eingerichtet ist. Die Satzung des Gewerkvereins zeichnet sich ebenfalls durch ihre praktische und klare Fassung aus. Man kann das Studium der Schrift von Bogelsang sowohl wegen ihres ersten, wie auch wegen des zweiten und dritten Teiles nur dringend empfehlen. Jeder wird sie mit Nutzen lesen.

Recht Bezeichnend.

Wir wiesen früher schon auf das Bestreben mancher Unternehmer hin, die vermehrte Frauenarbeit in der Kriegsinflation zum Lohnbruch zu benutzen. Hierbei stützen wir uns u. a. auch auf eine Aeußerung der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ die darauf herauslief, „daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird.“ Die Schlussfolgerung liegt nahe: es muß daher auf den Lohn des Mannes entsprechend gedrückt werden. Ein englisches Unternehmerorgan hat, wie wir dem Zentralblatt entnehmen, mit fast wörtlich derselben Begründung wie die „Arbeiter-Zeitung“ diese Schlussfolgerung auch schon tatsächlich gezogen. Dieses Organ, „The Engineer“, tut in einem Leitartikel dar, der Unternehmer sehe ganz klar, daß „die Einführung der weiblichen Arbeit“ gebraucht werden kann, „um zu einer Herabsetzung des Lohnsatzes für Dienstleistungen zu führen.“ In der Tat liegt der Kern der Sache nicht darin, daß die Frauen zu niedrig — oder gar viel zu niedrig — entlohnt werden, sondern darin, daß die Männer zu hoch entlohnt werden für Arbeiten, die ohne vorherige Ausbildung ausgeführt werden können.“

Wir haben es da also nicht etwa mit einer vereinzelten Ansicht zu tun. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß nach dem Kriege im Unternehmertum vielfach die Neigung vorhanden sein wird, mittels des weiblichen Angebots an Arbeitskräften auf die Lohnhöhe allgemein zu drücken. Wahrscheinlich sogar mit der „volkswirtschaftlichen“ Begründung, daß man mit möglichst niedrigen Produktionskosten die während des Krieges auf dem Weltmarkt eingehaltene Stellung am ehesten wieder erlangen zu können hoffen dürfe. Die Gewerkvereine werden diesen Strömungen frühzeitig genug mit aller Entschiedenheit begegnen müssen.

Das Verbot der Süßigkeiten.

Wie zu erwarten war, hat der Bundesrat nunmehr eine Verordnung über die Vereitung von Kuchen, sowie eine Verordnung über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade erlassen. Die Verordnungen bezwecken eine Vorratsstreckung von Mehl, Speisefett, Zucker, Milch und Sahne. Für die gewerbliche Herstellung von Kuchen, Torten und Makronen werden Vorschriften über die Zusammensetzung der Teige und Massen gegeben. Die gewerbliche Herstellung von Backwaren in

Sie wissen nicht, was sie tun.

Im „Tag“ wird in einem Aufsatz „Die Friedensfrage“ das Verhalten der sozialdemokratischen Minorität wie folgt beurteilt:

„Nun gibt es aber in unserem Parteileben eine kleine Minderheit, die des Krieges überdrüssig ist, und das Friedensziel zu fördern meint, wenn sie die weiteren Mittel zur Fortführung des Kampfes versagt. Ein solcher Entschluß ist nur zu erklären mit dem Umstande, daß diese Politiker selber ihre ablehnende Haltung für harmlos in der Wirkung ansehen. Nur das Bewußtsein, daß ihr Verhalten ohne praktische Folge bleibt, kann ihnen diese Bekundung eines billigen Widerspruchs gestatten. Wäre er von ernstere Folgen begleitet, so würde ja niemand stärker darunter leiden als gerade die Klassen, deren Interesse jene Männer zu vertreten glauben. Mäßen wir heute den Kampf einstellen, weil es uns an den Mitteln zu seiner Fortführung fehlt, so

Der Ihrige.

Novelle von Henriette Vrey.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Woh! die Frau des Schweiners Franken war inmitten ihrer acht Kinder fast zusammengebrochen unter der Wucht ihres Verlustes. Und sie vermochte auch nicht sich aufzuraffen aus ihrem Jammer. Aber als die Nästina einmal dazu kam, sie trösten wollte und sagte: „Wir müssen ja alle Opfer bringen“ — o, wie halte die Witwe sie da angesehen!

„Hast du auch einen dabei, da draußen?“ fragte sie mit herzerweichendem Ausdruck. Stamma senkte Stina den Kopf. „Nun, so sprich nicht davon! Was weißt du von Opfer!“ Klang es herb.

Nein, die Nästina konnte nicht mitreden. Und sie hätte doch so gern gesagt: „Laßt mich eintreten in eueren Kreis, gleiches Leid mit euch tragen. Auch in mir brennt die Liebe zum Vaterlande, die große Not der Zeit in der Seele! Ich bin arm, weil ich keinen zu verlieren habe, ich bin unruhig, weil keine Sorge um einen Lieben da draußen meinen Schlaf stört, ich bin traurig, weil es keinen Menschen gibt, um den ich Leid und Sorge haben könnte.“ Keiner fragt nach mir, kein Mensch bedarf meiner Hingabe!

So war die Nästina still und wortlos geworden und verlor sich schon in sich selbst, wenn vom Krieg die Rede war.

„Stinchen, wenn du heut 'n Ständchen früher aufhören wolltest, wär' t mir sehr recht“, sagte am Spätnachmittag die Brinkhoferin, „du könntst dann noch 'n Paket mit zur Post nehmen für Hendrik, ich pack' et gleich ein: Schinke, Wurst, Kefsel und sowat.“

Erstaunt sah das Mädchen auf. „Ja, gern — aber der ist doch im Lazarett und kann mir brauchen?“ Die Frau war etwas verlegen. „Nun, ja, im Lazarett hat er alles genug, ich weiß wohl.“ Aber so was von zuhaus, das schmeckt ihm doch besser. Dat verstehst du nicht, wat dat für 'n Freud' is.“

Stina schwieg. „Das verstehst du nicht“, hatte sie gesagt! Und so wanderbe sie etwas später mit ihrem Paket dem Dorfe zu. Unterwegs begegnete ihr ein altes Weiblein, die Wickersgroßmutter.

„Och Stinche!“ — sie blieb stehen und sah sie an. „Willst du nicht deine Mäde wieder zum Unterwieseln für mine Songens maleten? It hab die Sicht so in de Knoppe, it kann dat nicht. On de Nonnenstamm doch allebei in England, Klaus im Mattis, dat is doch in Sibirien, och, wat die 'n Pakt utronn! Aebber alles vor't Vaterland! So, Fried, du hast keine derbet, du kannst noch froh sein.“

„Ja, übermorgen, Wickersgroßmutter“, sprach Stina hässig und ging eilig weg.

Du kannst noch froh sein! Klang es ihr nach. Vor dem Dorfe an dem neuen Schulhaus stand die Frau des Lehrers und schaute unverwandt zur Dorfstraße hin. Stina grüßte. Die Frau wandte sich um. „Ach, Sie sind es, Christine. Guten Abend! Ich hatte Sie nicht gesehen. Ich warte auf den Briefträger, mein Mann hat schon zwölf Tage nicht geschrieben.“ Tiefe Sehnsucht sprach aus dem Ton.

„Der Briefträger ist mir schon drüben an den Erlen begegnet, Frau Lehrer“, sagte das Mädchen.

„Och“, machte die Frau enttäuscht. „Ich bin ein paar mal ins Haus gelaufen zu den Kindern, da muß er gerade dann vorbei gegangen sein!“ Sie seufzte und sah auf einmal ganz vergrämt aus. Schon wieder kein Brief!

„Der Herr Lehrer ist bisher doch noch gesund geblieben“, tröstete Stina.

„Ja, ja, aber dieser Krieg ist so entsehrlich blutig, und es ist...“ Sie brach plötzlich ab, als könnte das Mädchen ihre Sorgen doch nicht verstehen. „Ich muß zu den Kindern. Guten Abend, Christine.“

Gedrückt ging diese ihren Weg weiter.

Am Postschalter standen einige Frauen und Mädchen, die Pakete ausgeben wollten.

„Sieh' mal, die Nästina!“ sagte Margaret Wallberg, die ihren Schatz in Frankreich hatte. „Wofür bringst du denn ein Paket? Du hast doch keinen im Krieg! Kannst dich freuen, da brauchst du wenigstens keine Angst zu haben, daß dir einer totgeschossen wird.“

Alle Köpfe wandten sich um. Stina sagte nichts. Sie stand mit niedergeschlagenen Augen da; sie schämte sich fast.

Und dann ging sie langsam, mit müden Schritten ihrem Häuschen zu. Eine halbe Stunde war's wohl noch bis zum Hasenkamp, und es dämmerte schon stark.

Bald hörte sie Schritte hinter sich und wandte sich bekommen um, denn sie war etwas ängstlich und der Weg war einsam. Es war der schwarze Philipp, der „Dorflump“, der daher kam. Sie ging etwas schneller, denn die Gesellschaft des Dorflumpen war ihr unbehaglich.

Aber schon war er bei ihr. „'n Abend Stina! Was läufft denn so? Bist bange vor mir?“ rief er spöttlich.

Sofort mäsigte sie ihren Schritt. Sie schämte sich bereits ihrer Furcht. Der schwarze Philipp war noch lange nicht der schlimmste, wenn er auch „der Dorflump“ hieß! War im Grunde ein armer Kerl, eher zu bemitleiden. Du lieber, wenn einer schon als kleines Kind seine Eltern verliert oder vielmehr sie nie gekannt hat und der Gemeinde zur Last fällt und ohne Liebe aufwächst, wenn er sein Leben lang immer herumgestoßen wird, von einem Bauern zum andern, von aller aus-

gebeutet, mehr Schelte und Prügel als zu essen, von allen verachtet, gehänselt, ausgestoßen: da ist's kein Wunder, wenn so einer schließlich im Gemüt verbittert und roh wird und rachsüchtig! Wenn er sich in Trost und Borch gegen seine Peiniger lehrt und ihnen alles heimzahlt und alles zuleide tut. So einer muß zuletzt verkommen und verderben. Und hätte doch mit Liebe und Bucht ein guter, braver Mensch werden können. Ohne Sonne und Güte kann kein Menschengewächs gedeihen. Da trägt der Acker nur Unkraut und Stacheln.

„Na, hast Angst vor mir?“

„Warum sollt' ich Angst vor dir haben? Ich denke, du bist doch 'n braver Kerl!“

„Wenn auch ein Dorflump“, höhnte der andere und blieb ihr zur Seite. „Na, bald werden die braven Leute hier vom Dorflumpen erlöst sein! Noch drei Tage, dann ist er unschädlich gemacht.“

„Wieso? Gehst du fort?“

„In den Krieg!“ knirschte er ingrinnig.

„Ja, hast du denn gebient?“ staunte das Mädchen. „Freilich hab' ich gebient, aber bloß ein halb Jahr. War 'ne Schinderei! Die meiste Zeit hab' ich auch im Kasten gefessen; Mittelarrest und strenger Arrest in schöner Abwechslung.“

„Aber Philipp, warum denn?“

„Warum?“ brauste er auf. „Sollt' ich mich von allen verspotten und schikanieren lassen? Hatten ja alle auf mir zu haken! Waren ein paar Burschen von hier mit mir dort, die haben den verwünschten Uebermann aus gebracht! Na, ich hab' jeden Augenblick einen verfeilt und spazierte dafür ins Loch. Nach einem halben Jahr haben sie mich nach Haus geschickt, wegen zu großer geistiger Beschränktheit.“ Er lachte hämisch in sich hinein.

Beschränktheit? Nun mußte auch Stina lachen, trotz ihrer gedrückten Stimmung. Der Philipp beschämt, der wegen seiner schlauen, geliebten Streiche überall gefürchtet war!?

„Das versteh' ich nicht, wie hast du 's denn angefangen?“

„Ja, man muß sich nur hübsch dumm anstellen, wenn man es zu etwas bringen will! Recht wie ein Narr tun, wie ein Esel und Trottel, dann wird man auch dafür gehalten und hat sofort den Namen davon. Kommt ja auf einen Uebermann mehr oder weniger nicht an! Die tollsten und verrücktesten Sachen hab' ich angeestellt. Von einer Kampagne kam ich in die andere, kein Halbwedel wollt' mich behalten, weil ich immer bei Beschränkungen, Parade und so was alles verpepste. Bis sie mich endlich zum Kuckuck jagten... Aber nun soll ich in den Krieg“, schloß er finstern. „Zum Kanonensfutter bin ich immer noch gut genug. Dafür können sie auch einen Dorflump brauchen. Hof's der Henker!“

Niederdem Fett, Baumfuchsenfett, Streupfel, Eiweiß, Fett-, Milch- und Sahne-Cremen wird verboten. Als Triebmittel ist Backpulver gestattet, Gese verboten. — Die Hausbäckerei wird an sich von der Verordnung nicht betroffen. Das Ausbilden von Teigen und Massen, die nicht in gewerblichen Betrieben hergestellt sind, wird aber für gewerbliche Betriebe verboten. Für Koll, Zwieback, Honig-, Pfeffer- und Lebkuchen-Fabriken, die von der Reichsgetreidestelle mit Getreide oder Mehl beliefert werden, gelten die Vorschriften der Verordnung nicht, da mit ihnen von der Reichsgetreidestelle bereits ähnliche Abmachungen getroffen sind. — Die Sühnigkeits-Verordnung gestattet den gewerblichen Betrieben, in denen Sühnigkeiten hergestellt werden, für das Jahr 1915 nur noch die Hälfte der Zuckermengen zu Sühnigkeiten zu verarbeiten, die sie vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 hierzu verarbeitet haben. Milch, Sahne und Fett dürfen zur gewerblichen Herstellung von Sühnigkeiten und Schokoladen nicht verwendet werden.

Die Strafanordnungen für Übertretung der Verordnung sind die üblichen; Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängnis.

Aus unserer Industrie.

Eine Preisbestimmung für beschlagnahmte Militärtuche.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages lag vor Kurzem eine Eingabe der Handelskammern Nachen und M. Gladbach über eine zu niedrige Preisfestsetzung für beschlagnahmte Militärtuche vor, wonach die Herstellungskosten manchmal nicht gedeckt und die Hersteller geschädigt seien. Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß die Entwicklung der Textilindustrie infolge des Krieges zu mancher minderwertigen Leistung bezüglich der Qualität zu hoher Preissteigerung und infolgedessen vor einer Reihe von Monaten zu der Maßnahme der Beschlagnahme geführt habe. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission habe feste Grundzüge für die Preisbestimmung aufgestellt. Wenn auch in einzelnen Fällen die Handhabung dieser Grundzüge zu Härten geführt habe, so liege doch kein Anlaß vor, die Grundzüge völlig zu ändern. Die einzelnen Klagepunkte der Eingabe bedürften eingehender Nachprüfung. Wenn z. B. in einem Fall einem Herstellungspreis von über 13 M. ein Beschlagnahmepreis von rund 8 M. gegenüberstehe, so frage es sich, ob die Schuld nicht an dem unbegründet hohen Einkaufspreis liege.

Der Berichterstatter erklärte demgegenüber, daß eine einseitig von wenigen Herren festgelegte Preistabelle doch nicht den so verschiedenartigen Verhältnissen im weiten Deutschen Reich gerecht werden könne. Soweit es sich nicht um nachgewiesene Spekulationen handle, empfehle er die Berücksichtigung der geäußerten Wünsche. Er forderte Zuziehung von Sachverständigen aus den Bezirken, in denen die Beschlagnahme erfolge. Ein anderer Vertreter des Kriegsausschusses legte im einzelnen die Handhabung der Preisfestsetzung, je nach Qualität, Zusammenfassung, Gewicht, Dehn- und Reißfestigkeit usw., dar. Diese Prüfung sei im großen und ganzen beendet, und es erübrige sich damit eine anderweitige Bezeugung und Erweiterung der Kommission. Leider habe die Prüfung ergeben, daß die Qualität in vielen Fällen den Anforderungen nicht entspreche, daß die Lücke 50, 60, ja bis 100 Proz. Baumwolle enthielten. Auch müsse er darauf hinweisen, welche enormen Gewinne von der Textilindustrie gemacht worden seien. Ein angemessener Verdienst sei in allen normalen Fällen der Industrie zugebilligt worden. Die Notwendigkeit einer Abänderung der Preistabelle könne er nicht anerkennen.

Auf Antrag des Berichterstatters wurde die Eingabe von der Tagesordnung abgesetzt. Den Antragstellern wird beigegeben, weiteres Material zur Verfügung zu stellen.

Freigabe von Baumwolle für Spinnwebmaschinen.

Um die inländischen Spinnereien, die nicht Baumwoll-Spinnereien sind, mit der erforderlichen baumwollenen Spinnwebmaschinen und Selbstvorrichtungen zu versorgen, hat die Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Aussicht genommen, den Spinnwebmaschinenfabrikanten eine gewisse Menge Baumwolle freizugeben.

Die Spinnwebmaschinenfabrikanten sind daher durch solche Bekanntmachung im Reichs- und Staatsanzeiger aufgefordert worden, der Kriegs-Rohstoff-Abteilung Section II, verlängerte Hedemannstr. 10, bis zum 20. Dezember folgende Angaben zu machen, die der Kriegs-Rohstoff-Abteilung die Berechnung der freizugehenden Mengen ermöglichen sollen:

1. Wieviel Kilogramm baumwollene Spinnwebmaschinen und Selbstvorrichtungen sind an deutsche Spinnereien, die nicht Baumwollspinnereien sind, abgesetzt worden:
 - a) in der Zeit vom 1. 7. 1912 bis 30. 6. 1914.
 - b) in der Zeit vom 1. 1. 1915 bis 30. 6. 1915.
 - c) in der Zeit vom 1. 7. 1915 bis 30. September 1915?
2. Welche Baumwollgarnnummern sind zur Fabrication von Spinnwebmaschinen und Selbstvorrichtungen verwendet worden (in welchem Mengenverhältnis) in den unter 1. genannten Zeiträumen?
3. Wieviel Kilogramm Spinnwebmaschinen waren bei den einzelnen Firmen am 1. Dezember 1915 vorrätig?
4. Wieviel Kilogramm Baumwollgarn, aus dem Spinnwebmaschinenfabrikation bestimmt ist, und zwar
 - a) dem Herstellungsverbot unterliegenden
 - b) zur beliebigen Verwendung freies Garn war am 1. Dezember 1915 vorrätig?

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Gronau i. W. Eine öffentliche Versammlung fand am 9. Dez. im Vorwärtsklub Saale statt, in welcher unser Bezirksleiter, Kollege Otte, über das Thema, „Krieg und Rohstofffrage in der Textilindustrie“ sprach. Zu der Versammlung waren auch erschienen der Herr Bürgermeister Hagedorn, der latth. Pfarrer und der Präsident des Arbeitervereins. Kollege Otte sprach zunächst über die Zusammenhänge in der Rohstofffrage, über die behördlichen Anordnungen zur Streckung der Baumwollvorräte und leitete dann zu den bereits getroffenen und noch notwendigen Fürsorgemaßnahmen zur Abmilderung der Arbeitslosigkeit über. Neben befristeten dann, neben den am Orte bereits getroffenen Maßnahmen, die Einführung einer geregelten Erwerbslosenunterstützung und erwählte, daß das soziale Gemeinheitsgefühl und das gemeinsame Interesse aller Stände zu Maßnahmen führen müsse, die den in ihrer Existenz bedrohten Textilarbeitern das Durchhalten ermögliche. Herr Bürgermeister Hagedorn erwiderte u. a. auf die sehr wirkungsvollen Darlegungen des Kollegen Otte, daß die Stadtverwaltung den Arbeitern nach Möglichkeit unter die Arme greifen und ihnen Erleichterung in ihrer bebrängten Lage schaffen werde. Die Einführung einer geregelten Erwerbslosenunterstützung sei für die nächste Stadtwortordnetenversammlung zu erwarten. Der Vorsitzende, Kollege Linck, schloß hierauf mit Worten des Dankes an den Referenten, den Herrn Bürgermeister und die Versammlungsteilnehmer die Versammlung.

Mittlerweile ist nun in Gronau in der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung Beschlüsse gefaßt worden. Beschlüssen wurden folgende Sätze für jeden Tag der Erwerbslosigkeit: für eine alleinstehende männliche Person 1,50 M., für eine alleinstehende weibliche Person 1,20 M., für ein Ehepaar 2,00 M., für ein dem Haushalt zugehöriges Kind unter 14 Jahren 0,30 M., über 14 Jahren 0,50 M. Falls nur noch ein Elternteil lebt, wird für den Haushaltsvorstand pro Tag 1,50 M., und für das zweite Familienmitglied pro Tag 0,50 M. bewilligt. Wenn das Einkommen der Familie mütterlich 25 M. beträgt, tritt die Erwerbslosenunterstützung nicht ein.

Entspricht auch der angenommene Entwurf nicht ganz den Erwartungen der Arbeiterchaft, so ist doch anzuerkennen, daß die Einführung der Unterstützung einen bedeutenden sozialen Fortschritt darstellt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

„Gegen die englische Finanzherrschaft.“ Der gegenwärtige Krieg hat eine Eigentümlichkeit, durch die er sich von allen Kriegen der Vergangenheit, selbst den größten, auszeichnet: bewährten die Kriege bisher noch im allgemeinen den Charakter des „Duells“ des Waffengewalt zwischen zwei, seien es ideale oder materielle Kräfte, so hat der Weltkrieg des 20. Jahrhunderts auch in den Gründen, die ihn hervorriefen, in den Formen, dessen Wirkung er bringen soll, einen geradezu beängstigenden Umfang angenommen. Es gab eine Zeit, da sah man den Krieg lediglich als eine Ausstrahlung des starken wirtschaftlichen Zwiespaltes zwischen Deutschland und England. Aber abgesehen davon, daß auch die anderen Kriegsteilnehmer, tatsächlich oder vorgetrieben, für ihre wichtigsten Lebensziele Gut und Blut opfern, so wird doch der zukünftige Friedenskrieg, neben den verwiderten Ansprüchen der kämpfenden Völker aneinander, eine unermeßliche Fülle von Problemen zu lösen haben, die, wie die lehrbuchmäßige Sicherung der Neutralität, die Stellung des Papstes usw., mit dem eigentlichen Streitgegenstand nur in recht loser Beziehung stehen. Und dieser Streitgegenstand — das darf man sich durch die Menge der nebenherlaufenden Auseinandersetzungen nicht verblenden lassen — ist und bleibt die endgültige Entscheidung zwischen Deutschland und England um die wirtschaftliche Nachstellung, wobei sich Deutschland insbesondere gegen ein englisches Weltwirtschaftsmonopol wehrt. Dem wirtschaftlichen Ziele entsprechen die Mittel: in ungeheurer und auf englischer Seite nahezu verbretterischer Weise werden alle wirtschaftlichen Kräfte des eigenen Landes angewandt, um die des Nebenbuhlers zu vernichten. Bei diesem Kampfe um Leben und Tod spielen die Waffen des Wirtschaftskampfes eine fast entscheidende Rolle.

In den Instrumenten, mittels derer Großbritannien seit den Tagen der Königin Elisabeth seine fast unbeschränkte Herrschaft über den Weltbau aufrecht erhielt, gehört die Eigentümlichkeit Londons als Hauptabrechnungsstelle für den internationalen Handel, als „Weltbank“. Auch dem weniger Kundigen leuchtet ohne weiteres ein, wieviel für Deutschlands Zukunft davon abhängt, daß es ihm jetzt gelingt, die englische Vormacht abzuschießen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat in einer Reihe von Aufsätzen dargestellt, wie sich vor dem Kriege der internationale Verkehr über London vollzog, und unterwirft, aus welchen Gründen und mit welchen Aussichten wir an die Abstreifung dieser Fesseln gehen können. Die Aufgabe ist jetzt als fest erschienen und zum Preise von 0,60 M. durch die Buchhandlungen zu beziehen.

Der erste Teil des Buches behandelt in klaren und sachlichen Ausführungen: „Londons als Bank, Börse und Auktionshalle der Welt.“ Selbst der Eingeweihte muß Staunen darüber empfinden, in welchem Maße England sich durch seine ausgeübte Herrschaft und Wasserfestigkeit reicherte. Freilich finden sich die Voraussetzungen dazu in England wie nirgendwo anders. Die größten und wichtigsten Rohstoffe erzeugen die britischen Kolonien, den bedeutendsten Vorrat an Schiffsgefahren zur Befrachtung der überseeischen Ware besitzt England; und endlich verfügt das Inselreich nicht nur über eine erstklassige Flotte, sondern auch über eine jahrhundertalte, bei der konservativen Natur des Briten besonders wertvolle kaufmännische Erfahrung. Dieser Konservatismus schließt weder Vagantum noch Großhandel aus; in dem Maße wie englische Kapitalien durch Überseebanken und Kolonialunternehmen Ausland eroberten, strömten in London Millionen herein, zumeist in Form von Staatsanleihen. England war vor dem Kriege der erste Geldgeber der Welt.

Wohr das kam und wieviel England daran verdient, legt der Verfasser, indem er in einem Satz: englische Zahlungstechnik und Goldpolitik erörtern, eine sachkundige Würdigung. Folgendes wird auch auf die Auslandsdeutschen als Förderer der englischen „Vormacht.“ Der im nationalen Interesse überaus bedauerliche Feindschaft so zahlreicher, tüchtiger und ergeb-

reicher deutscher Männer verbannt England, zumal London zu einem großen Teile seine finanzielle Machtentfaltung. Es wird die hohe Aufgabe weiser Politik sein, nach dem Kriege diese Auslandsdeutschen, die zumeist aus geringfügigen, aber im Laufe der Jahre gegenstandslos gewordenen Anlässen ihr Vaterland verlassen haben, dem Reiche wiederzugewinnen; in noch höherem Maße gut das von den Deutsch-Amerikanern, an denen wir für unsere zukünftige europäische Siedlungspolitik außerordentlich wertvolle Helfer finden können.

Zur zweiten Hälfte der Schrift findet man den unüberleglichen Nachweis, wie unsinnig und freibellhaft Sir Edward Grey's Prophezeiung war, England werde, wenn es am Kriege teilnehme, kaum mehr zu leiden haben, als wenn es neutral bliebe. Darüber ist sich jetzt die ganze englische Presse einig. Wie unwahr des vielseitigen Churchill Schlagwort war: „Business as usual“ („Geschäft wie gewöhnlich“), erhellt aus der einfachen Tatsache, daß Englands Ausfuhr, bekanntlich die Quelle seines Reichtums, im 1. Kriegsjahr um 3/4 Milliarde niedriger war als in regelmäßigen Zeiten! Und von dieser Ausfuhr ging noch der größte Teil an Frankreich und Rußland, zwei höchst fragwürdige Kunden in Bezug auf Zahlungsfähigkeit! Dazu kommt, daß die Behauptung Lloyd Georges, der Krieg koste täglich 15 Millionen, von der Wirklichkeit im stärksten Maße lägen gestraft worden ist: Heute kostet der Kriegstag dem Engländer über 100 Millionen!

Die finanzielle Bedrängnis Englands geht aus den demütigenden Bedingungen hervor, unter denen die Vereinigten Staaten ihm nach erfolgten Verhandlungen eine Anleihe gewährten: zum ersten Male seit Oliver Cromwell geht das stolze Großbritannien auf die Suche nach Geld. Die augenfälligste Wirkung dieser Tatsache ist, daß die Höhe eines Welt-„Clearing-House“, d. h. des Mittelpunktes der Finanzgeschäfte der Welt, in steigendem Umfange an New York übergeht. Eine weitere Schwächung der englischen Wirtschaft liegt in der Notwendigkeit, die übrigen Mitglieder des Siebenverbandes finanziell zu unterstützen; es handelt sich da um ungeheure Summen, die zum Teil äußerst gewagte Geldgeschäfte sind. (Auf Seite 31 ist der russische Kredit in London irrtümlich mit 9 Millionen, anstatt etwa eben 900 Millionen angegeben.)

Eine übersichtliche Tabelle macht deutlich, wie sich das Verhältnis Englands zu Deutschland in der Gewinnung und dem Verbrauch von Kohle, Eisen und Kupfer andauernd zu Ungunsten Englands verhält.

Endlich bringt der zweite Teil der Abhandlung eine lehrreiche Vergleichung zwischen deutschen und englischen Kriegsausgaben: unsere Kriegskosten kommen um verhältnismäßig geringen Ausnahmen dem heimischen Gewerbe und weiterhin dem ganzen Volke wieder zugute; was dagegen England an Amerika, Argentinien usw. für Munition und Getreidelieferungen bezahlen muß, ist bare Verringerung des Volkvermögens. Außerdem sind die englischen Ausgaben annähernd um die Hälfte höher als die unrigen, und so darf man wohl dem Verfasser Recht geben, wenn er den Schluß zieht: „Wenn der Krieg nicht in wenigen Monaten beendet wird, so sind die wichtigsten Voraussetzungen für die englische Vormachtstellung gefallen.“

Der dritte Teil endlich enthält eine Reihe von beachtenswerten Vorschlägen, die sich auf die Erleichterung des Zahlungsverkehrs, die Ausschaltung des englischen Handels, die Reform des Geldmarktes beziehen; u. a. erhebt der Verfasser auch auf neue die Forderung von Zermittlungen; so anerkennt er indessen seine Gründe sind, so sprechen doch zahlreiche Einwendungen, zumal ethischer Natur (denn auch moralische Erwägungen spielen in der Nationalökonomie eine Rolle!) gegen eine Zulassung schrankenloser Währungswechsel.

Zum Schluß weist der Verfasser auf die wichtigen Aufgaben und Vorteile hin, die uns aus dem Bündnisse mit unseren „neuen Freunden“ erwachsen; in der Tat hat der gewaltige Vorstoß des deutschen Heeres durch Serbien, die Deffnung einer Weltstraße von Berlin bis Bagdad, die Möglichkeit erschlossen, die in der Hand eines tüchtigen und kräftigen Volkes dem Inselreiche die mit Unrecht aller Art erworbenen und mit der äußersten Anstrengung festgehaltene Krone der Welt Herrschaft vom Haupte reißen werden.

Wir empfehlen die Schrift, die bei ihrem billigen Preise jedermann zugänglich ist, allen Interessierten zur eindringlichen Lesung; auch sie ist in ihrer Art ein weiterer Beweis für die Rechtmäßigkeit unserer Sache.

Versammlungskalender.

- Sozial.** 1. und 2. Januar, von 10—12 Uhr, Abrechnung der Vertrauensleute auf dem Büro.
Arbeiter. 16. Januar, in der Bürgergesellschaft, Generalversammlung. Kriegserfahren sind eingeladen.
Waldniel. 2. Januar, 5 Uhr, beim Wirtin. Sal. Klüfer.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel:** Zur Jahreswende. — Wohnungsfrage und Arbeiterchaft. — Fürsorgemaßnahmen der Stadt Mülhausen (Elsaß). — Genilleton: Der Strige. — Allgemeine Rundschau: Erwerbslosenfürsorge in Preußen. — Gegenfrage in der Sozialdemokratie. — Sie wissen nicht, was sie tun. — Aus dem Gewerkschafts-Kristall: Bergarbeiter. — Recht bezeichnend. — Das Verbot der Sühnigkeiten. — Aus unserer Industrie: Eine Preisbestimmung für beschlagnahmte Militärtuche. — Freigabe von Baumwolle für Spinnwebmaschinenfabriken. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Gronau i. W. — Volkswirtschaftliches und Soziales: „Gegen die englische Finanzherrschaft.“ — Versammlungskalender.

Verfasser für die Schriftleitung J. D. Franz Fischer, Düsseldorf, Antonstr. Nr. 7.